

Informationen

Katrin Schäßgen

Kongressbericht: Changing Work and Life Patterns in Western Industrial Societies

Gemeinsame Gender-Konferenz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, des Wissenschaftszentrums Berlin, des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, der FH für Wirtschaft Berlin, der FU Berlin, in Kooperation mit der Brandeis University/USA und dem Murray Research Center am Radcliffe Institute for Advanced Study/Harvard University/USA, vom 20. bis 21. September 2001 im WZB in Berlin.

Dem Thema der zweitägigen internationalen Konferenz entsprechend standen Fragen nach Veränderungen von Arbeits- und Lebensmustern, nach institutionellen Veränderungen (Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt, Recht), nach Chancen und Risiken für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse sowie nach individuellen Handlungsoptionen im Mittelpunkt. Die international vergleichenden Beiträge sowie die Thematisierung verschiedener Ebenen (global, national, institutionell und individuell) eröffneten ein weites Feld der Diskussion über die Veränderungen von Arbeits- und Lebensmustern in westlichen Gesellschaften.

Die Absage der meisten amerikanischen Referentinnen in Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September und der stattdessen gewonnenen »Ersatz«-Referentinnen verursachte eine Heterogenität der Tagung, die sich rückblickend jedoch nicht nur als negativ darstellte, ermöglichte sie doch weitere Zugänge zum Thema.

In der ersten Sektion: Beschreibung von Veränderungen in Arbeits- und Lebensmustern standen strukturelle Bedingungen von sowie individuelle Handlungsoptionen für die Beschäftigung und

Karrieren von Frauen im Vordergrund. So konnte *Marlies Buchmann* (ETH Zürich) aufgrund von empirischem Material zeigen, dass ungeachtet einer allgemeinen Abnahme der Zahl und Dauer von Berufsunterbrechungen von Frauen insbesondere Arbeitsmarkt- und betriebliche Faktoren wie Art der Beschäftigung, Teilzeitmöglichkeiten, Wirtschaftssektor, beruflicher Status und Firmengröße den Aus- und Wiedereinstieg von Frauen beeinflussen. *Janneke Plantenga* (Universität Utrecht) verwies auf die erheblichen Unterschiede zwischen den EU-Staaten hinsichtlich der Verteilung von Arbeitszeit und flexiblen Beschäftigungsverhältnissen auf die Geschlechter und damit auf Unterschiede hinsichtlich der Geschlechtergleichheit. Für die verschiedenen Arbeitszeiten machte sie unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regulierungen verantwortlich, wobei offen ist, ob die zunehmende Flexibilisierung zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen wird. Im Unterschied zu ihren Vorrednerinnen betonte *Janet Giele* (Brandeis University) die individuellen Handlungskontexte von Frauen (Bildung, Herkunft, Erfahrungen) für die Vereinbarkeit von beruflichen Karrieren und Familie. Wie die Diskussion deutlich machte, erweist es sich als not-

wendig, sowohl strukturelle Bedingungen (Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat), institutionelle Gegebenheiten (Arbeitszeitarrangements, Kinderbetreuungsangebote) sowie individuelle Voraussetzungen (Bildung, Klassenzugehörigkeit) in die Analyse von Erwerbsmustern einzubeziehen.

In der zweiten Sektion wurden institutionelle Veränderungen und ihr Einfluss auf das Geschlechterarrangement thematisiert. *Marie-Thérèse Letablier* (Centre d'Études de l'Emploi Paris) zeigte in ihrem Beitrag, dass politisch induzierte Veränderungen (Ausweitung des Kinderbetreuungssystems, Reduzierung der Wochenarbeitszeit) zwar zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Müttern führen, jedoch kaum Einfluss auf die häusliche Arbeitsteilung haben. Der Vortrag von *Birgit Pfau-Effinger* (Universität Jena) zielte auf die Entwicklung eines theoretischen Analyserahmens für die Erklärung der Unterschiede zwischen den EU-Staaten hinsichtlich »care«. Sie argumentierte, dass die jeweiligen Sozialpolitiken einen Zusammenhang zu den historisch entstandenen »Geschlechterarrangements« aufweisen, die auf eine je spezifische Kultur der Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit zurückgehen. *Sabine Berghahns* (FU Berlin) Beitrag analysierte die Wirkung des EU-Rechts in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter. Sie stellte klar, dass nicht die mangelnde gesetzliche Grundlage, sondern deren Übersetzung in nationales Recht sowie deren Umsetzung in Praxis Basis unzureichender Wirksamkeit ist; diese erhofft sie sich vom »Gender Mainstreaming« als neuem Instrument in der Gleichstellungspolitik. Die national je spezifischen Geschlechterarrangements theoretisch zu erklären, unternahm *Jacqueline O'Reilly* (WZB). Mit dem Ansatz des »Geschlechtervertrages« werden die Geschlechterarrangements auf die national

je spezifischen institutionellen und kulturellen Bedingungen zurückgeführt; die Art dieses Vertrages erweist sich als abhängig vom Status der Frauen, der sich u.a. in einer spezifischen Teilung von Erwerbs- und Hausarbeit niederschlägt. Die unterschiedlichen Zugänge zu institutionellen Veränderungen spiegeln sich auch in der Diskussion wider; hier wurden Fragen des Verhältnisses von globaler und nationaler Politik einerseits, wie andererseits die noch ausstehende empirische Analyse unterschiedlicher Rechtspraxen thematisiert.

Im Mittelpunkt der dritten Sektion stand die Diskussion neuer Paradigmen und neuartiger Lebensmuster. *Jens Bonke* (Danish National Institute of Social Research) führte die Veränderungen von Arbeits- und Lebensmustern auf unterschiedliche Wohlfahrtsregimes (sozialdemokratische versus konservative) zurück, die sich u.a. in den Zugangsmöglichkeiten zu Kinderbetreuungseinrichtungen niederschlagen. Im abschließenden Vortrag von *Karin Gottschall* (Universität Bremen) wurde am Beispiel der neuen Kulturberufe (freischaffende Journalisten, Designer, Redakteure) ein Erwerbsfeld vorgestellt, in dem sich die traditionelle Geschlechterdifferenz auflöst. In diesem Segment, in dem Qualifikation, Bezahlung, aber auch Arbeitszeiten überdurchschnittlich hoch sind, sind Frauen in gleichem Maße vertreten. Ob diese ermutigenden Tendenzen sich als dauerhaft erweisen, ist indes noch offen, da sowohl Längsschnittdaten fehlen als auch Erkenntnisse über die Zukunft der (sehr jungen) Freischaffenden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion zeichnete auch *Harald Bielski* (InfraTest Sozialforschung München) ein vorsichtig-optimistisches Bild, das sich aus seinen Befragungen zu Erwerbswünschen (hinsichtlich Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeitmodellen) ergibt: danach ebnen

sich nicht nur die Unterschiede zwischen den EU-Staaten ein, sondern auch die in den Arbeitszeiten von Frauen und Männern; beide wünschen deren gerechtere Verteilung. *Christina Bergqvist* (National Institute for Working Life Stockholm) verwies dagegen auf die Rolle politischer Akteure, ohne die eine Veränderung in den Geschlechterverhältnissen nicht möglich ist und forderte, die Frage der *Macht* in der Geschlechterforschung stärker zu betonen.

Insgesamt hat diese Tagung eine Reihe von Erkenntnissen hinsichtlich Persistenz und Transformationen in den Arbeits- und Lebensmustern der Geschlechter ergeben; wie von den Organisatorinnen angestrebt (stellvertretend *Elke Holst* – DIW) wurden unterschiedliche Ansätze zur Lösung des (weiblichen) Vereinbarkeitsdilemmas von Beruf und Familie thematisiert. Über den internationalen Vergleich einerseits wie das breite Herangehen (von globalen Strukturen bis zu

individuellen Handlungsmöglichkeiten) andererseits konnten zugleich zukünftige Forschungsperspektiven aufgezeigt werden: Dies betrifft die stärkere Einbeziehung institutioneller Einflüsse (Mesoebene) auf die Geschlechterverhältnisse, Untersuchungen zur Rechtspraxis und Auswirkungen von Recht wie auch die stärkere Thematisierung von »Klasse«.

Inhaltlich gewonnen hätte die Tagung durch stärkere Berücksichtigung einer historischen Perspektive. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, in welchem Ausmaß und unter welchen spezifischen Bedingungen sich der Wandel von Arbeits- und Lebensmustern bei Frauen und Männern in verschiedenen westlichen Gesellschaften vollzog und vollzieht. Darüber hinaus wäre auch ein stärker synthetisierender Beitrag am Ende hilfreich gewesen, der die verschiedenen Einzelbefunde in einen Zusammenhang gestellt hätte.

Rosa Maria Jiménez Laux

Tagungsbericht: Hausarbeit als Erwerbsarbeit

»Hausarbeit als Erwerbsarbeit« lautete der Titel der Fachtagung, die vom 13.-15. November 2001 an der »Akademie für politische Bildung Tutzing« stattfand und von Prof. Claudia Gather, Prof. Birgit Geissler und Prof. Maria Rerrich veranstaltet wurde.

Ziel der Tagung war es, das Thema »Hausarbeit« der Frauenbewegung aus den 1970er Jahren wieder aufzugreifen, und zwar sowohl aus soziologischer, als auch politischer Perspektive. Die damaligen Diskussionen der Frauenbewegung hätten zwar ihre Spuren hinterlassen, aber die Frauenarbeit in Familien finde auch

heute noch nicht genügend Anerkennung, stellte Maria Rerrich fest. Gesucht wurde auf der Tagung nach einer möglichen Beschreibung der Arbeit im Haushalt ohne Familienbeziehungen, zum Beispiel anhand der Frage: Wenn Hausarbeit nicht mehr als »Arbeit aus Liebe« geleistet wird, »ist Hausarbeit ohne Liebe dann nur Erwerbsarbeit?« Die Veranstalterinnen gehen davon aus, dass diese Form der Arbeit weder das eine, noch das andere, sondern etwas Drittes darstellt.

Die Arbeitswissenschaft beschäftigt sich kaum mit dem Thema der bezahlten Hausarbeit. Ein möglicher Grund für